

BUNDESMINISTERIUM FÜR FINANZEN

Himmelpfortgasse 4 - 8
Postfach 2
A-1015 Wien
Telefon 51 433 / DW

GZ. 31 1016/1-II/7/92 | 25 |

Note des BMAS vom 9. Jänner 1992,
do. Zl. 52.210/1-2/92 betreffend einen
Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem
das Arbeitsvertragsrechtsgesetz (AVRG)
geschaffen und das Arbeiterabfertigungs-
gesetz, das Hausbesorgergesetz, das
Entgeltfortzahlungsgesetz und das An-
gestelltenengesetz geändert werden

1826

Sachbearbeiter:

Koär Mag. Gauss

GESETZENTWURF
10 -GE/19-92
Datum: 13. APR. 1992
Verteilt: 16. April 1992
A. Hojatz

Sofort

An den
Präsidenten des Nationalrates
Parlament
Dr.-Karl-Renner-Ring 3
1017 Wien

Im Sinne der EntschlieÙung des Nationalrates betreffend die Begutachtung der an die vorberatenden Körperschaften und Zentralstellen versendeten Gesetzesentwürfe beehrt sich das Bundesministerium für Finanzen beiliegend seine Stellungnahme zu dem vom BMAS erstellten und mit Note vom 9. Jänner 1992, do. Zl. 52 210/1-2/92 versendeten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Arbeitsvertragsrechtsgesetz (AVRG) geschaffen und das Arbeiter-Abfertigungsgesetz, das Hausbesorgergesetz, das Entgeltfortzahlungsgesetz und das Angestelltengesetz geändert werden, zu übermitteln.

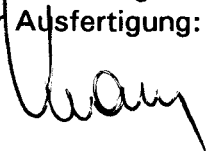
Anlagen

9. April 1992

Für den Bundesminister:

Dr. Schultes

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:



BUNDESMINISTERIUM FÜR FINANZEN

GZ. 31 1016/1-II/7/92

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Arbeitsvertragsrechtsgesetz (AVRG) geschaffen und das Arbeiter-Abfertigungsgesetz, das Hausbesorgergesetz, das Entgeltfortzahlungsgesetz und das Angestelltengesetz geändert werden
Zl. 52.210/1-2/92

Himmelpfortgasse 4 - 8
Postfach 2
A-1015 Wien
Telefon 51 433 / DW

1826

Sachbearbeiter:

Koär Mag. Gauss

An das

Bundesministerium für
Arbeit und Soziales

Stubenring 1
1010 W i e n

Zu dem mit Note vom 9. Jänner 1992, do. Zl. 52.210/1-2/92 übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Arbeitsvertragsrechtsgesetz (AVRG) geschaffen und das Arbeiterabfertigungsgesetz, das Hausbesorgergesetz, das Entgeltfortzahlungsgesetz und das Angestelltengesetz geändert werden, wird seitens des Bundesministeriums für Finanzen festgestellt:

Zu Art. I § 1 Abs. 2 Ziff. 3:

Die Dienstordnungen der Vertragsbediensteten der ÖBB stehen formell nicht im Gesetzesrang, sondern sind Kundmachungen des Bundesministeriums für öffentliche Wirtschaft und Verkehr mit Zustimmung des Hauptausschusses des Nationalrates. Es wäre klarzustellen, daß für diese Bediensteten das Arbeitsvertragsrechtsgesetz nicht anzuwenden ist. Ebenso wäre klarzustellen, in wieweit Vertragsbedienstete des Bundes, für die Kollektivverträge gelten, vom Arbeitsvertragsrechtsgesetz betroffen sein sollen (z.B. Kollektivvertrag: Wildbach- und Lawinenverbauung).

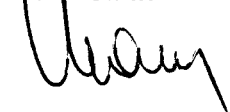
25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme wurden dem Präsidium des Nationalrates zugeleitet.

9. April 1992

Für den Bundesminister:

Dr. Schultes

F.d.R.d.A.:



Telex 111688 - Telefax 512 78 69 - DVR 0000078